

Presstext:

2022-03-16

Ein Appell der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission:

„Erst Corona, jetzt der Krieg...“ – Aufwachsen unter besonderen Belastungen

Appell zur Solidarität mit allen jungen Menschen in Niedersachsen in Krisenzeiten der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission

Als parteipolitisch unabhängige Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission wenden wir uns daher mit einem aktuellen Appell in Zeiten einer Pandemie und eines schrecklichen, verbrecherischen Krieges in der Ukraine an die politisch Verantwortlichen in Niedersachsen:

Unser Appell: Junge Menschen brauchen Raum zum offenen Austausch

Wir appellieren daran, junge Menschen umgehend in den Fokus politischen Handelns zu rücken!

Unser Appell: Geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine bedingungslos unterstützen

Unser Appell: Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind Schutz- und Ermöglicherort für junge Menschen

Unser Appell: Die Stimmen junger Menschen müssen gehört werden

Unser Appell: Eintreten für Frieden in Europa, die Universalität der Menschenrechte und den Schutz junger Menschen

Wir wenden uns an die politisch Verantwortlichen in Niedersachsen mit der Bitte, alles dafür zu tun, dass der Krieg in Europa bald endet. Die Universalität der Menschenrechte ist ein hohes Gut. Dafür müssen wir gemeinschaftlich mit starken Worten eintreten, wo immer wir das können.

Wir appellieren daran, darüber hinaus auch die schreckliche Situation für Kinder an vielen anderen Stellen dieser Erde nicht aus dem Blick zu verlieren, sei es in Afghanistan oder Syrien sowie vielen anderen Konfliktherden dieser Welt. Es sind immer zuallererst Kinder und Jugendliche, die unseres Schutzes bedürfen. Die UN-Kinderrechtskonvention regelt diesen.

Der Artikel 6 der UN-Kinderrechtskonvention benennt „ein angeborenes Recht auf Leben“ eines jeden Kindes. Es wird zugesichert, dass die Vertragsstaaten – und damit auch Deutschland und Niedersachsen als Bundesland – „in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes“ gewährleisten.

Die Konvention klärt weiterhin das Recht auf Bildung, das Recht auf Beteiligung an Freizeit, den Schutz geflüchteter Kinder, das Recht auf Gesundheitsvorsorge, Unterbringung und Soziale Sicherheit.

Das Land Niedersachsen ist verantwortlich für das Kindeswohl aller jungen Menschen, die sich hier befinden.

Wir appellieren daran, insbesondere in Zeiten der Pandemie und des Krieges in Europa die Gewährleistung des Kindeswohls in das Zentrum aller politischer Entscheidungen in Niedersachsen zu stellen – sowie sich auch auf Bundesebene und in der Europapolitik dafür vehement einzusetzen!

Kontakt:
Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission
Vorsitzender: Johannes Schmidt
Geschäftsführerin Heike Bludau,

Telefon: 0511 89701-338, E-Mail: heike.bludau@ls.niedersachsen.de